

6. Februar 2018
PRESSEMITTEILUNG

**Zentralrat Deutscher Sinti und Roma fordert Aufklärung der Wohnhausbrände in Plauen -
Möglicher rassistischer Hintergrund der Brandanschläge muss aufgeklärt werden**

Nachdem sich bereits im Dezember 2017 in Plauen ein schwerer Brandanschlag auf ein Wohnhaus ereignete, in dem überwiegend slowakische Staatsangehörige wohnhaft waren, die der Roma-Minderheit angehören, ging gestern erneut das Wohnhaus, in dem einige der Roma-Familien nach dem Brand im Dezember Wohnungen gefunden hatten, in Flammen auf. Bei dem Feuer, welches im Dachgeschoß ausbrach, kamen zwei Menschen ums Leben, vier weitere wurden verletzt, einer davon schwer. Die Umstände des Brandes sind noch unklar. Schon bei dem Brandanschlag Ende Dezember 2017 waren 19 Menschen zum Teil schwer verletzt worden.

Romani Rose erklärte hierzu: „Es ist furchtbar, dass zwei Menschen jetzt ihr Leben verloren haben und erneut vier Menschen, einer davon schwer verletzt wurden. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma drückt allen Hinterbliebenen und den Opfern sein tiefes Mitgefühl aus. Es ist schlimm, dass die schwer traumatisierten Menschen, die erneut Opfer eines Brandes geworden sind, jetzt wieder ihr Heim verloren haben. Ich bitte die Verantwortlichen der Stadt Plauen eindringlich, allen Betroffenen zur Seite zu stehen.“

Nachdem es wiederholt in Plauen zu Bränden kam und jetzt erneut unklar ist, wie dieser Brand entstand, fordert der Zentralrat die Ermittlungsbehörden und das Landeskriminalamt auf, umfassend zu ermitteln und insbesondere den potentiell rassistischen Hintergrund der Taten aufzuklären.

Da beim ersten Brandanschlag im Dezember 2017 Schaulustige nicht nur die Polizei- und Rettungskräfte bei ihrer Arbeit behindert, sondern auch tätlich angegriffen haben und rechtsextreme, verfassungsfeindliche Parolen riefen, fordert Rose die Ermittlungsbehörden dazu auf, auch diese rassistischen Äußerungen genauestens zu überprüfen: „Jene, die in menschenverachtender Manier skandierten, man möge die Menschen im Haus verbrennen lassen, müssen sich vor Gericht verantworten. Unser demokratischer Rechtsstaat muss seinen Feinden die Konsequenzen ihres Handelns aufzeigen. Dem Brandanschlag könnte auch ein rassistisches Motiv zugrunde liegen. Dies gilt es zu untersuchen.“

Anja Reuss
Politische Referentin